Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **86 (1995)**

Heft 22

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

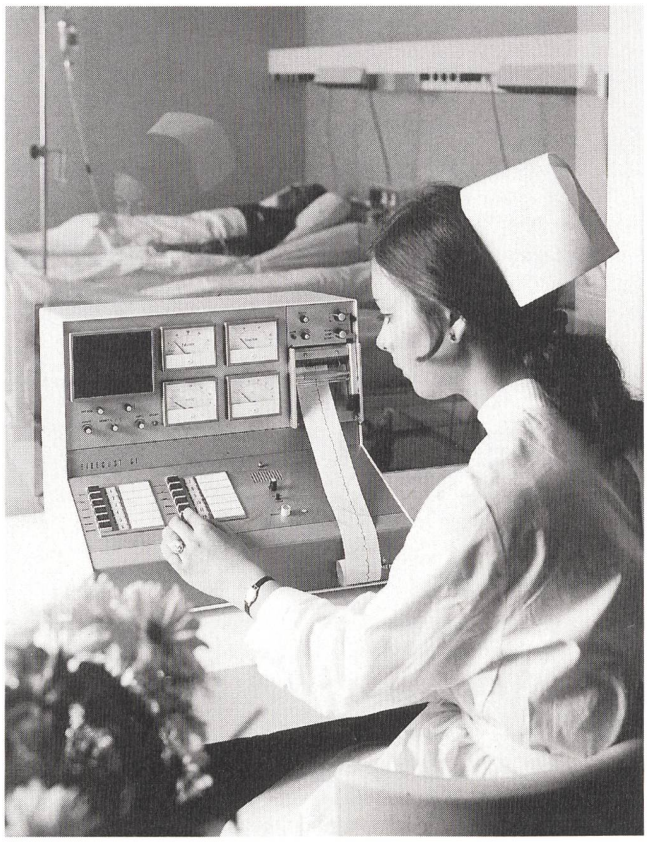
http://www.e-periodica.ch

Politik und Gesellschaft
Politique et société

«Energie 2000» in Spitälern: Grosse Energieeinsparungen möglich

(e/sp) Insgesamt 225 Millionen Franken kostet jährlich die Energie für alle Spitäler und Pflegeheime, das heisst für die 6000 Gebäude, die jährlich 12 PJ Wärme und 2,4 PJ Strom verbrauchen. Davon sind 85% den Mitgliedern der Vereinigung Schweizerischer Krankenhäuser zuzuschreiben. Diese haben sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2000 den Brennstoff- und Stromverbrauch um 20% zu senken. Das Energiemanagement in den Spitälern soll auf allen Stufen zur Priorität werden.

Als Energiegrossverbraucher steckt in den Spitälern demnach ein Sparpotential von rund 40 Millionen Franken jährlich, erklärten kürzlich die Verantwortlichen von «Energie-2000-Spitäler». Die Spitäler verbrauchen jedes Jahr rund die Hälfte des Energieverbrauchs aller öffentlicher Gebäude in der Schweiz. Dieser hohe Anteil entsteht durch die grosse Zahl an stromverbrauchenden Installationen, die für ein Spital unverzichtbar sind.



Für ein Spital unverzichtbar: Grosse Anzahl Installationen, die Strom benötigen.

Die Kantone Aargau und Waadt dienten dabei als Pilot-Regionen für das Sparprojekt. Zurzeit wird es auf andere Kantone ausgedehnt. Zusammen mit Technikern und Verantwortlichen in Spitälern soll abgeklärt werden, wo im jeweiligen Spital Energie eingespart werden kann.

Das Programm «Energie-2000-Spitäler» kann bei ihren Vorschlägen auf die Ergebnisse von Versuchen in den Spitälern Sursee LU (187 Betten) und Payerne VD (150 Betten) zurückgreifen.

100-Watt-Minister

«Ein bisschen Schatten wirft ein Minister also doch noch», so der deutsche Bauminister Klaus Töpfer bei Besichtigung einer Solaranlage im Hamburger Hafen. Deren Leistung sackte um 0,1 kW ab, als der Minister sich davorstellte.

Gegenseitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen

(edi) Der Bundesrat hat die Beteiligung der Schweiz am Europäischen Melde- und Informationssystem für Ereignisse mit erhöhter Radioaktivität (ECURIE) beschlossen. Die gegenseitige Meldepflicht im Rahmen von ECURIE erstreckt sich über Unfälle mit erfolgter oder bevorstehender Freisetzung von Radioaktivität bzw. die blosse Feststellung erhöhter Radioaktivität im jeweiligen Land sowie über die allenfalls getroffenen Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Mit dem Beitritt der Schweiz an dieses Melde- und Informationssystem kann die wichtige Forderung nach rascher Information der Bevölkerung bei ausserordentlichen Ereignissen im nuklearen Bereich noch besser erfüllt werden.

Das EC Urgent Radiological Information Exchange (ECURIE)-System der EU-Mitgliedstaaten war 1987 unter dem Eindruck des Unfalles von Tschernobyl ins Leben gerufen worden. Es ergänzt und erweitert das Übereinkommen der Mitgliedstaaten der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) über die gegenseitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen sowie die bilateralen Abkommen, welche die Schweiz mit Nachbarländern abgeschlossen hat.

Als Kontaktpunkt des ECURIE-Systems wurde seitens der Schweiz die Nationale Alarmzentrale bestimmt. Diese ist die Fachstelle des Bundes für den Schutz der Bevölkerung bei einem Ereignis mit erhöhter Radioaktivität. Sie wurde von der Nuclear Energy Agency (NEA) der OECD als federführende Stelle bei der Durchführung einer grossangelegten internationalen Übung bestimmt, bei der im nächsten Jahr das ECURIE-System in einer realistischen Übungsanlage überprüft werden soll.

Neue Kernkraftwerksgesellschaft soll «British Energy» heissen

(sva) Die nach der Privatisierung der britischen Kernkraftwerke vorgesehene Holdinggesellschaft soll den Namen «British Energy plc.» erhalten. Mit dieser Namensgebung solle zum Ausdruck gebracht werden, dass das Unternehmen als aktiver Wettbewerber in einem sich öffnenden Energiemarkt auftreten wolle.

In British Energy werden die kerntechnischen Aktivitäten von Nuclear Electric und von Scottish Nuclear zusammengefasst. Der Gesellschaft werden nach der für das Frühjahr 1996 vorgesehenen Privatisierung alle Kernkraftwerke, mit Ausnahme der Kernkraftwerke mit Magnox-Reaktoren, gehören. Letztere bleiben im staatlichen Besitz und sollen von British Nuclear Fuels betrieben werden.

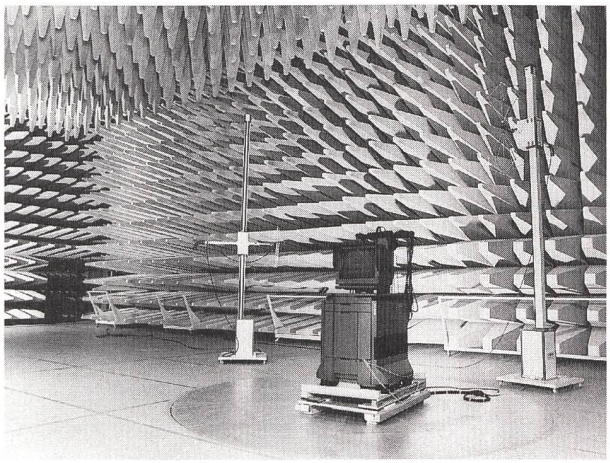
Stillegungskosten bei EDF

(sva) Dank der Erfahrungen mit dem Kernkraftwerk EL-4/

«Opas Rasierer tönt im Radiowecker»

(sl) Ob ein Elektrogerät ausreichend störfest ist, zeigt sich beim Test in der Absorberhalle. Der Testkandidat auf dem Bild ist ein Diagnosegerät, mit dem Autowerkstätten Motoren und Elektrik moderner Limousinen überprüfen. Die Wände der Testhallen sind mit Pyramiden aus einem besonderen Schaumstoff gespickt. Die Beschichtung garantiert, dass die Messgeräte nur die vom Prüfling erzeugten elektromagnetischen Störungen aufzeichnen.

Ab 1996 dürfen in der Europäischen Union nur noch Geräte verkauft werden, welche die neuen länderübergreifenden Vorschriften über die elektromagnetische Verträglichkeit einhalten.



Monts-d'Arrée einer 75-MW-Piloteinheit mit Schwerwassermoderation und Gaskühlung bei Brennilis, die 1967 ans Netz ging und 1985 endgültig stillgelegt wurde, kann die Electricité de France (EDF) jetzt konkret und aufgrund praktischer Erfahrung beziffern, wie hoch die mutmasslichen Kosten für die Beseitigung der bestehenden Kernkraftwerke dereinst sein werden. Demnach sollen Abbau und Beseitigung eines Druckwasserblocks nach 40 Betriebsjahren rund 15% der gesamten Investitionen kosten und rund 15 Jahre dauern. Für die Behandlung und Beseitigung der entstandenen radioaktiven Abfälle werden nochmals rund 25% der Baukosten zu veranschlagen sein. Das entspricht rund 4% der Kilowattstundenkosten. Aufgrund dieser Berechnungen hat EDF begonnen, Rückstellungen für Stillegung und Beseitigung zu äufnen. In der Jahresbilanz für 1994 werden sie mit 30 Mrd. FF. ausgewiesen.

Konflikt um Stromeinspeisungsgesetz

(ize) Nach dem «Kohlepfennig» steht mit dem Stromeinspeisungsgesetz eine andere Sonderlast der deutschen Stromwirtschaft auf dem Prüfstand. Um das Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht zu überprüfen, haben verschiedene Stromversorger die Vergütung gekürzt. Zudem wird unter Vorbehalt bezahlt. Das Stromeinspeisungsgesetz wird in weiten Kreisen «als verfassungsrechtlich nicht unbedenklich» eingestuft.

Erste Reaktionen liessen nicht auf sich warten. Der baden-württembergische Wirtschaftsminister Dieter Spöri (SPD) hat dem Badenwerk und den Kraftübertragungswerken Rheinfelden mit einer kartellrechtlichen Missbrauchsverfügung untersagt, Betreibern von Wasserkraftwerken die nach dem Stromeinspeisungsgesetz vorgesehene Einspeisevergütung vorzuenthalten, um so eine Überprüfung der Verfassungsmässigkeit zu erreichen. Beide Energieversorgungsunternehmen wollen Rechtsmittel gegen die Verfügung des Ministeriums einlegen, womit der Konflikt seinen gerichtlichen Weg nach oben nimmt.

Etats-Unis: prévisions énergétiques

(aiea) Les projections indiquent que le charbon, le gaz naturel et l'uranium seront les trois principales sources d'électricité aux Etats-Unis jusqu'au début du siècle prochain. L'Energy Information Administration (EIA) des Etats-Unis a présenté des prévisions des besoins énergétiques jusqu'en 2010, qui montrent un ralentissement de la demande d'électricité au cours des quinze prochaines années dû en grande partie à l'amélioration des rendements. On s'attend à ce que les centrales au charbon, qui produisent actuellement plus de la moitié de l'électricité du pays, resteront la source principale, suivies à la deuxième place par les centrales nucléaires jusqu'en 2010, époque à laquelle on prévoit que le gaz naturel l'emportera. La production d'électricité nucléaire devrait augmenter jusqu'en 2006 du fait de l'amélioration de la performance des centrales en exploitation et de la mise en service des réacteurs actuellement en construction. Plus d'une centaine de centrales nucléaires sont aujourd'hui en exploitation et produisent environ 21% de l'électricité du pays.

Schweizer Delegation an der 39. IAEA-Generalkonferenz

(eved) Die 39. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) fand vom 19. bis 22. September in Wien statt. Die Schweiz war in dieser autonomen UNO-Organisation besonders aktiv und wurde erneut zu der Jahresversammlung eingeladen.

Die IAEA wurde 1957 gegründet und zählt heute 120 Mitgliedländer. Sie ist dafür besorgt, dass die Kernenergie zum Frieden, zur Gesundheit und zum Wohlstand der Weltbevölkerung beiträgt. Die technische Hilfe, die sie anbietet, kann nur zu friedlichen Zwekken verwendet werden. Aufgrund des Kernwaffensperrvertrags muss die Agentur dafür sorgen, dass seine Bestimmungen von allen Unterzeichnerstaaten eingehalten werden (Garantiesystem). Dazu überwacht sie weltweit über 500 Nuklearanlagen.

Die Generalkonferenz befasste sich mit den Fortschritten in der Arbeit an der Konvention über die Sicherheit der nuklearen Abfälle. Zudem behandelte sie eine Verbesserung des Garantiesystems. Die Schweiz wird weiterhin nach Kräften zum erfolgreichen Abschluss dieser beiden Geschäfte beitragen.

«Die mediale Atomkatastrophe»

(sva) Während der Revisionsarbeiten im Kernkraftwerk Leibstadt ereignete sich am 11. August 1995 im Turbinenhaus, also in einem nichtnuklearen Raum des Werks, eine Knallgas-Verpuffung, bei der zwei Arbeiter Verbrennungen erlitten, bei der aber keine Radioaktivität freigesetzt wurde. Die Medien reagierten trotzdem intensiv auf den Unfall. Wieder ins rechte Licht gerückt wurde er am 12. August im «Aargauer Tagblatt» unter dem Titel «Die mediale Atomkatastrophe»: «Über mangelnde Medienaufmerksamkeit haben sie sich wahrhaftig nicht zu beklagen, die Kernkraftwerke. Die sarkastische Behauptung, wenn eine Putzfrau in einem KKW die Treppe hinunterfalle und sich verletze, sei das für die Medien eine Atomkatastrophe, hat sich schon mehr als einmal (fast) bewahrheitet. Allerdings kaum jemals so drastisch wie gestern in Leibstadt, als sich bei den alljährlichen Revisionsarbeiten ein schwerer Arbeitsunfall – nichts mehr, nichts weniger – ereignete.»